

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Miriam Schwarz, SP) vom 17. Juni 2004: Interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler in der Schule; Fristverlängerung

Am 26. Mai 2005 hat der Stadtrat die folgende Motion Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt:

Die Heterogenität der Schule nimmt zu: Der Anteil an fremdsprachigen Kindern beträgt in den städtischen Schulen durchschnittlich 35%, in den Kindergärten rund 40%, wobei in den einzelnen Quartieren sehr unterschiedliche Verhältnisse herrschen. Heterogenität birgt auch Konfliktpotenzial: Interkulturelle Konflikte in der Pause, im Unterricht, an Elternabenden und Schulreisen bzw. Klassenlagern gehören immer mehr zu den Alltagserfahrungen von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern. Sie stellen alle Beteiligten vor Herausforderungen, auf die sie nicht ausreichend vorbereitet sind.

Die Stadt hat die etappenweise Institutionalisierung der Sozialarbeit in den Schulen beschlossen. In der Auseinandersetzung mit interkulturellen Konflikten stossen die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter vielfach an ihre Grenzen, da ihnen häufig die notwendigen profunden Kenntnisse der andern Kulturen und Sprachen fehlen.

Zu ihrer Unterstützung benötigt es speziell ausgebildete interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler. Da sie selbst Migrantinnen und Migranten sind, verfügen sie über die notwendigen Kenntnisse der anderen Kultur wie auch der Sprache. Idealerweise weisen sie zusätzlich eine (sozial)pädagogische Ausbildung auf. Die Finanzierung ihrer Ausbildung ist gesichert.

Sie begleiten die Eltern zu Gesprächen mit den Lehrkräften, sind bei Laufbahnentscheiden anwesend, informieren bei Bedarf über das Schulsystem und übersetzen bei Elternabenden.

Sie beraten die Lehrkräfte beispielsweise bei Fragen betreffend Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an Klassenlagern und Schulsport; wenn sich die Eltern aus kulturellen Gründen gegen eine Teilnahme aussprechen. Die Aufzählung der Tätigkeiten ist nicht abschliessend. Diese Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern.

Die Arbeit der interkulturellen VermittlerInnen soll in der Stadt Bern institutionalisiert werden.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Erarbeitung eines Konzepts über den Einsatz von interkulturellen VermittlerInnen in den städtischen Schulen
2. Bereitstellung der nötigen personellen und finanziellen Ressourcen.

Bern, 17. Juni 2004

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Miriam Schwarz, SP), Sylvia Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärner, Margrith Beyeler-Graf, Walter Christen, Andreas Krummen, Raymond Anliker, Beat Zobrist, Rolf Schuler, Ruedi Keller, Béatrice Stucki, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Peter Blaser, Guglielmo Grossi, Christian Michel, Rosmarie Okle Zimmermann, Markus Lüthi, Margrit Stucki-Mäder, Liselotte Lüscher

Bericht des Gemeinderats

Der Stadtrat hat die Motion am 26. Mai 2005 mit 45 Ja, 25 Nein und 2 Enthaltungen erheblich erklärt. Sie fordert – zusammengefasst – die Erarbeitung eines Konzepts über den Einsatz von interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittlern in den städtischen Schulen sowie die Bereitstellung der nötigen personellen und finanziellen Ressourcen. Die Motion verlangt zusätzlich zur institutionalisierten Schulsozialarbeit den Einsatz von Fachpersonen für interkulturelle Vermittlung, die selber Migrantinnen und Migranten sind. Sie sollen die Eltern bei Gesprächen begleiten, bei Laufbahnentscheiden anwesend sein, über das Schulsystem informieren und bei Elternabenden übersetzen. Ihre Arbeit soll mit derjenigen der Schulsozialarbeit koordiniert werden.

Der Gemeinderat ist sich der Bedeutung der interkulturellen Vermittlung in der Schule bewusst. Sie dient der übergeordneten Zielsetzung der Chancengleichheit und fördert die Integration von fremdsprachigen Menschen. Der Gemeinderat hat deshalb in der Bildungsstrategie der Stadt Bern, Bildungspolitischen Leitlinien und Massnahmen 2004 – 2008, in Massnahme 10 das Ziel gesetzt, mittels interkultureller Vermittlung Familien mit Migrationshintergrund mit dem bernischen Bildungssystem vertraut zu machen. Dadurch soll es gelingen, den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu besseren Bildungschancen zu verhelfen, das gegenseitige Verständnis zwischen den verschiedenen Kulturen zu verbessern und schliesslich die Ressourcen der Menschen mit Migrationshintergrund besser zu nutzen.

Bestehende Angebote

Eine Bestandesaufnahme zeigt, dass in der Stadt bereits heute sehr viele Akteurinnen und Akteure interkulturelle Vermittlungsarbeit leisten. Besonders zu erwähnen sind folgende Beispiele:

- Die regelmässigen Elternabende des Vereins für Fremdsprachige zu den Themen Einschulung, Übertritt Primarstufe – Sekundarstufe I und Berufswahlvorbereitung.
- Die regelmässigen Informationsveranstaltungen der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, die eigens für Eltern und Jugendliche mit Migrationshintergrund organisiert werden.
- Die Mutter- und Kind-Deutschkurse, die von der Direktion für Bildung, Soziales und Sport angeboten werden.
- Die Mentoringprojekte von gemeinnützigen Organisationen, *incluso* sowie *Kamäleon + Klarsicht*, welche Schülerinnen und Schüler an der Nahtstelle zwischen Sekundarstufe I und Sekundarstufe II begleiten.
- Der finanzielle Pool für den Einbezug von Übersetzerinnen und Übersetzern bei Gesprächen mit Eltern mit Migrationshintergrund, über den die Schulleitungen im Rahmen ihrer Kredite verfügen.

Zum geforderten Konzept

Die Motion verlangt aber, dass interkulturelle Vermittlerinnen und –vermittler ähnlich wie Schulsozialarbeiterinnen und –arbeiter möglichst gut in den Schulalltag integriert werden, das heisst, möglichst an allen Schulstandorten präsent sein sollen.

Um diese Forderung der Motion zu erfüllen, wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt und beauftragt, ein dementsprechendes Konzept zu erarbeiten. Bereits auf Grund einer ersten Disposition wurden in der Folge deutliche Mängel eines solchen Konzepts offensichtlich:

- Vorab zu erwähnen sind die erheblichen finanziellen Konsequenzen für den Personaleinsatz.
- Problematisch wäre aus schulorganisatorischer und kompetenzrechtlicher Sicht zudem das Schaffen von Parallelstrukturen zur Schulsozialarbeit.
- Da die Sprachenvielfalt an den Schulen sehr gross ist, könnten interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler nie alle in den Schulen vertretenen Kulturen gleich gut vertreten. Die Arbeitsgruppe nahm deshalb in Aussicht, dass interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler mit Sprachkenntnissen derjenigen Sprachgruppen angestellt werden sollten, die am betreffenden Schulstandort am häufigsten vertreten sind. Alle übrigen Migrantinnen und Migranten müssten für einen Erstkontakt in der Standardsprache Deutsch beraten werden. Erst in einem zweiten Schritt könnten sie eine interkulturelle Vermittlung in der gefragten Sprache hinzuziehen.

Der Gemeinderat erachtet ein derartiges Konzept als unbefriedigend. Es hätte eine Bevorzugung bestimmter Gruppen zur Folge, was dem Gedanken der Integration widersprechen würde. Zudem gilt es zu beachten, dass Schulleitungen und Lehrpersonen die gesetzlich verantwortlichen Fachpersonen für Bildungsfragen sind, inklusive aller schulorganisatorischer und betrieblicher Belange. Diese Aufgaben lassen sich nicht an interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler delegieren. Schulleitungen und Lehrpersonen können aber schon heute, dort wo es nötig ist Übersetzerinnen oder Übersetzer zu Hilfe ziehen.

Mögliche Massnahmen zur Verbesserung der interkulturellen Vermittlung

Der Gemeinderat anerkennt - wie eingangs erwähnt -, dass die Kommunikation zwischen den verschiedenen Kulturen sowie das gegenseitige Verständnis verbessert werden müssen. Er plant daher folgende Massnahmen, die auch für eine bessere Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund sorgen werden.

Massnahme 1: Verbesserung des heutigen Angebots für Übersetzungen in der Schule

Den Schulen in der Stadt Bern steht insgesamt ein jährlicher Betrag von Fr. 10 000.00 für Übersetzungsdienste zur Verfügung. Die Nutzung dieses Pools wird von den Schulleitungen bewilligt. Die Konferenz der Schulleitungen hat die Verantwortung für die Einhaltung des Budgets. Die Übersetzungen werden ausschliesslich bei *Comprendi* (Berner Vermittlungsstelle für interkulturelle Übersetzerinnen und Übersetzer) eingekauft, mit der die Stadt eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen hat.

Dieses bestehende Konzept wird von den Lehrpersonen als eher schwerfällig beurteilt. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport prüft zurzeit, wie das Angebot verbessert werden müsste, um die Kommunikation in schwierigen und belasteten Situationen zu optimieren und dadurch die Lage für alle Beteiligten zu entlasten.

Comprendi könnte im Rahmen des Leistungsvertrags für die interkulturelle Vermittlung in den Schulen speziell dafür ausgewählte Personen zur Verfügung stellen. Diese müssten die schulischen Bedingungen kennen oder nötigenfalls mit Weiterbildung gezielt auf diese Aufgabe vorbereitet werden. Dazu müsste das Budget für die Übersetzungen um Fr. 10 000.00 aufgestockt werden.

Massnahme 2: Angebote in der Elternbildung für Migrantinnen und Migranten

Informationen über das bernische Schulsystem sind sehr wichtig, tragen zu einem besseren Verständnis bei und helfen Schwellenängste, vor allem von Eltern mit Migrationshintergrund, abzubauen. Es ist bereits erwiesen, dass Kurse am erfolgreichsten sind, wenn Migrantinnen und Migranten sie selber anbieten und ihr Wissen und ihre Erfahrungen an andere Migrantinnen und Migranten vermitteln mit dem Ziel, deren Kompetenz im Kontakt Eltern – Schule zu erweitern, das Vertrauen zwischen Schule und Migrationsfamilien zu stärken und eine Verbesserung der elterlichen Unterstützung in Schulbelangen für Schulkinder aus Migrationsfamilien zu erreichen. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport kann inhaltlich an der Gestaltung solcher Kursangebote mitarbeiten und bei der Werbung unterstützend mitwirken.

Massnahme 3: Entwicklung einer informativen DVD-Reihe

Zurzeit steht eine DVD für Eltern von 3- bis 4-jährigen Kindern in Produktion, die den Eintritt in den Kindergarten in Wort und Bild darstellt. Der elektronische Datenträger wird Eltern anschaulich und leicht verständlich auf den bevorstehenden Eintritt ihres Kindes in den Kindergarten vorbereiten.

Es ist geplant, nach dem gleichen Prinzip weitere DVDs zu entwickeln. Themen, die den Eltern auf diese Weise näher gebracht werden sollen, sind der Eintritt in die obligatorische Schulpflicht (1. Schuljahr), der Übertritt von der Primarstufe in die Sekundarstufe I nach dem 6. Schuljahr sowie die Schnittstelle am Ende der Schulpflicht von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II und zur beruflichen Ausbildung.

Massnahme 4: Elternabende für Fremdsprachige

Der Verein für Fremdsprachige führt sehr erfolgreich Elternabende in verschiedenen Sprachen durch und erreicht damit eine ansehnliche Menge von Eltern mit Migrationshintergrund. Dieses Kursangebot entspricht offensichtlich einem grossen Bedürfnis der Zielgruppe.

Diese Kurse sollen von der Direktion für Bildung, Soziales und Sport inhaltlich mitgestaltet und weiterhin finanziell unterstützt werden. Es wird auch eine Erweiterung des Angebots geprüft.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Umsetzung eines mit der Motion geforderten Konzepts würde gemäss einer groben Schätzung des personellen Aufwands jährliche Kosten von mindestens Fr. 80 000.00 auslösen. Diese sind im Produktegruppenbudget 2008 nicht enthalten.

Im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2009 – 2011 (IAFP) sind für die interkulturelle Vermittlung jährlich Fr. 15 000.00 eingeplant. Diese können eingesetzt werden

- für die Unterstützung von Werbemassnahmen für Elternbildungs-Kurse, die schätzungsweise Fr. 5 000.00 kosten dürften;
- für zusätzliche Übersetzungen in der Schule, zum Beispiel durch Erweiterung des Leistungsauftrags an *Comprendi* gemäss oben stehenden Ausführungen, zum Preis von Fr. 10 000.00 pro Jahr.

Für die Herstellung der DVD sind die Mittel im IAFP eingeplant (jährlich Fr. 50 000.00).

Fazit

Der Gemeinderat ist bestrebt, die interkulturelle Vermittlung in der Schule zu verbessern. Für Erfolge im Sinne der Motion und die konkrete Umsetzung von gezielten Massnahmen ist aber mehr Zeit erforderlich. Deshalb beantragt er für die Umsetzung der Motion eine Fristverlängerung um zwei Jahre.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Miriam Schwarz, SP) vom 17. Juni 2004: Interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler in der Schule; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion um zwei Jahre, d.h. bis zum 30. Juni 2009, zu.

Bern, 13. Juni 2007

Der Gemeinderat